

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.10.1929 (No. 239)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassencabatt gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südbadens)

Im Gesamtbild des Arbeitsmarktes machte sich in der Berichtszeit vom 3. bis 9. Oktober die Zunahme der Arbeitslosigkeit etwas stärker geltend als in den Vorwochen. Auf dem Arbeitsmarkt für Männer wurde die von den Außenberufen ausgehende, an sich noch geringe Abschwächung des Beschäftigungsgrades durch Entlassungen in der Maschinenindustrie verstärkt. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt wurde die Zunahme der Arbeitslosen in den saisonmäßig abgeschwächten Berufen durch die Belebung der Lage auf Teilgebieten der Textilindustrie, des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes und des Bekleidungsgebietes wieder aufgehoben. Im Einklang mit dieser Entwicklung ist die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung bei den Männern um 3,5 v. H. gestiegen und bei den Frauen um 0,4 v. H. gefallen.

Der Stand der unterstützten Arbeitslosen war am 9. Oktober folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 38 010 Personen (29 265 Männer, 8745 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung
 - 3349 Personen (2303 Männer, 2046 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 1300 Personen oder 2,9 v. H. von 45 050 Personen (34 246 Männer, 10 804 Frauen) auf 46 350 Personen (35 568 Männer, 10 782 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 15 691 gegen 15 191 und auf Baden 30 659 gegen 29 859 am 2. Oktober.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens kamen am 9. Oktober 1929 auf 1000 Einwohner 9,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 8,9 in der Vorwoche.

Die Berufsgruppen, welche die Gestaltung des Arbeitsmarktes im wesentlichen beeinflussten, waren hauptsächlich folgende:

Das Hochbaugewerbe war für Außenarbeiter in vielen Bezirken nur mehr sehr beschränkt aufnahmefähig; gesteigert war dagegen die Nachfrage nach Facharbeitern für den Innenausbau. Im Tiefbaugewerbe gab es noch mancherorts neue, allerdings kurzfristige Unterbringungsleistungen bei Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalarbeiten. In den Maßnahmen der werksmäßigen Arbeitslosenfürsorge waren im ganzen 2342 Mann als Vorstandsarbeiter untergebracht, wobei der Bau des Schlachthauswerkes zur Zeit allein über 1200 Arbeitslosen Beschäftigung gibt. In der Bauhölzindustrie waren die Entlassungen in der Berichtwoche nicht von Bedeutung, doch machen sich Anzeichen eines baldigen Saisonrückganges in gesteigertem Maße bemerkbar.

Im Verkehrsgewerbe zwang der niedrige Wasserstand Schiffsahrt und Hafenbetrieb zu weiteren Entlassungen. Die Reichsbahn nahm in einigen Bezirken Einstellungen für den Herbstgüterverkehr und für Streckenarbeiten vor, aber auch Entlassungen wurden gemeldet. Im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe vergrößert der Arbeitsmarkt infolge des anhaltenden Andrangs aus den Saisonorten jetzt über alle fragten Fachkräfte, mit Ausnahme von Küchenmädchen. In der Berufsgruppe häusliche Dienste machte sich in fast allen größeren Orten ein vermehrter Zugang von nicht genügend geschulten Kräften vom Lande, die sehr schwer unterzubringen sind, bemerkbar. In der Landwirtschaft fand noch eine große Anzahl von Arbeitskräften in der Nebenernte Verwendung; sonst ist die Nachfrage nach unständigen Kräften erheblich zurückgegangen.

In der Industrie war die Zunahme der Arbeitslosigkeit wiederum durch das Nachlassen des Beschäftigungsgrades der Maschinenindustrie, hauptsächlich des landwirtschaftlichen Maschinenbaus und der Automobilindustrie, verursacht. Auch Gießereien und die Fahrrad- und Nähmaschinenfabrikation waren an den Entlassungen beteiligt. Einstellungen von Arbeitskräften nahmen nur die Metallwarenfabrikation und die Herd- und Ofenindustrie vor. In der Porzellan- und Schmiedewarenindustrie ist weiterhin eine Besserung der Lage zu verzeichnen, so daß in den männlichen Spezialberufen, insbesondere bei Hässern und Ringmachern, bereits ein Mangel an tüchtigen Kräften eingetreten ist; auch in den weiblichen Berufen sind die Beschäftigungsverhältnisse im großen und ganzen günstig. In der Smünder Edelmetallindustrie ist die Goldwarenherstellung ebenfalls sehr gut beschäftigt, während die Silberwarenherstellung über nicht genügende Aufträge zu klagen hat. Die Vermittlungstätigkeit von Facharbeitern des Metallfeinhandels war wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in den Metallbetrieben nur wenig aber durch örtliche Arbeitskämpfe behindert.

In der chemischen Großindustrie nahmen die Entlassungen ihren Fortgang. In der Textilindustrie wurden Entlassungen in der Filzfabrikation angehängt; aufnahmefähig war die Chappespinnerei. In der Holzindustrie war die Lage in der Wälschreinerlei etwas belebt, der Bedarf an Möbelschreinerinnen war nur gering. Die Beschäftigung des Nahrungsmittelgewerbes hat neuerdings durch Beginn der Fischereien und Juckerübenverarbeitung eine ziemliche Belebung erfahren. Im Bekleidungsgebiet entspricht der Beschäftigungsstand der Wälschreinerlei noch nicht den Erwartungen. In der Gutindustrie wurden erhebliche Entlassungen gemeldet. Auch die Schuhindustrie scheint neuerdings zur Abschwächung zu neigen. In einem großen Betrieb wurden bereits Entlassungen vorgenommen, in einem anderen, bisher vollbeschäftigten Großbetrieb wurde Einschränkung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. In den übrigen Berufsgruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Letzte Nachrichten

Die Reichsfinanzreform

Geringe Hoffnungen auf rasche Erledigung

M. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Die Hoffnungen auf eine rasche Erledigung der Reichsfinanzreform sind ziemlich zusammengeschrumpft. Das Reichsfinanzministerium ist einseitig mit den Arbeiten zu den Einzelverhandlungen zum Owen-Young-Plan, die gegenwärtig in Paris und Baden-Baden stattfinden, vollauf beschäftigt. Dazu kommt, daß die Verhandlungen mit den Steuer- und Finanzfachverbänden der Parteien, die auch in der letzten Zeit geführt worden sind, bisher keinerlei Ergebnis gehabt haben, weil die Parteien sich nicht entschließen wollen, sich festzulegen, bevor nicht der Owen-Young-Plan verabschiedet worden ist. Auch der Nachtragsetat ist bisher nicht fertiggestellt worden.

Da voraussichtlich Ende November oder Anfang Dezember die Younggesetze dem Reichstag vorliegen werden, wird für den Nachtragsetat der früheste Verhandlungstermin Mitte Dezember sein. Infolgedessen glaubt man in politischen Kreisen nicht mehr, daß das Steuervereinfachungsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz zwischen Reich und Ländern, die Finanzreform und der Etat in diesem Jahre überhaupt noch zur Verhandlung kommen. Wenn man sie alle zugleich erledigen wollte, wird vermutlich der Termin des 1. April, mit dem das neue Rechnungsjahr beginnt, weit überschritten. Man glaubt deshalb, daß man zu einem Etat kommen werde, und daß erst der Sommer nächsten Jahres die Erledigung der an sich so dringlichen Aufgaben bringen wird.

Kein Aufruf der Reichsregierung gegen das Volksbegehren

Württemberg und ein Plakat der Reichszentrale

M. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Zu den Meldungen, die bereits zum Sonntag die Veröffentlichung eines Aufrufs der Reichsregierung gegen das Volksbegehren ankündigten, erfahren wir, daß es sich lediglich um einen Aufruf handelt, der von führenden Persönlichkeiten aus allen Lagern der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kunst und Politik, darunter selbstverständlich auch von Mitgliedern der Regierungen des Reichs und der Länder unterschrieben wird.

Zur Meldung eines Berliner Montagblattes, daß die württembergische Regierung sich geweigert habe, den Aufruf zu unterschreiben, weil sie ihn für überflüssig halte, wird mitgeteilt, daß es sich hier auch nicht um einen Aufruf der Reichsregierung handelt, sondern um ein Plakat der Reichszentrale für Heimatsdienst mit Auszügen aus der letzten Rede Stresemanns.

Leipart auf der Abus verunglückt

Pr. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Ein schweres Unfallsunglück ereignete sich heute morgen gegen 8½ Uhr auf der Abusbahn. Ein Privatwagen der „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte“ geriet in einem Tempo von 70 Kilometer auf den Mittelstreifen, überfuhr sich und begründete den Chauffeur und die beiden Insassen des Wagens unter sich. Lebensgefährlich verletzt wurde der Minister a. D. und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, während der mitfahrende Geheimrat Bagemann ebenfalls schwer, doch nicht lebensgefährlich Verletzungen erlitt. Der Chauffeur erlitt eine Gehirnerschütterung. Leipart hatte den Vorsitz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der größten deutschen Arbeiterorganisation, nach dem Tode von Karl Legien vor 8 Jahren übernommen.

Arabischer Protest in Palästina

WTB. London, 14. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Jerusalem: Der Vollzugsrat des arabischen Palästina-Kongresses sagte gestern den Beschlüssen am Mittwoch in Palästina den Generalstreik als Protest gegen die neuen Bestimmungen des britischen Oberkommissars für jüdische gottesdienstliche Handlungen an der Mauer zu erklären. Der Großmufti verlangt in einem Telegramm an König Georg, daß die mohammedanischen heiligen Stätten gegen den zionistischen Angriffsgedanken geschützt werden.

Russischer Protest gegen chinesische Überfälle

WTB. Moskau, 14. Okt. (Tel.) Die Sowjetregierung führt in einer Erklärung an die deutsche Volksgemeinschaft zur Weisung an die Regierungen in Kanton und Mukden eine Reihe neuer Überfälle durch chinesische Militärs und Weisgarbisten auf Sowjetgebiet an, darunter eine am 12. d. M. erfolgte Beschädigung einer Flotille von Sowjethandelschiffen. Diese Beschädigung habe die begleitende Sowjetkriegsflotte gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Sowjetregierung protestiert entschieden gegen diese neuen Angriffe und erklärt, sie werde fernernhin die zur Sicherung der Ruhe zwischen der Sowjetunion und China erforderlichen Maßnahmen treffen.

Die Tagung des Reichsbundes der Kommunalbeamten in Mannheim

Gegen das Volksbegehren — Das Berufsbeamtentum — Die Reichsreform

Am Samstagvormittag nahm, wie bereits gemeldet, in Mannheim der von etwa 400 Delegierten besuchte Bundestag des Reichsbundes der Kommunalbeamten und Kommunalangestellten seinen Anfang. Die badische Regierung, das badische Parlament, die Stadtverwaltung hatten Vertreter entsandt.

Magistrat Gutschmidt, Berlin, begrüßte die Erschienenen, darunter auch die Vertreter des Deutschen Städtetags, des Reichsverbands der Gemeindeangestellten Österreichs und des Niederländischen Verbandes, der Schweiz, der Stadt Riga und erinnerte daran, daß der Bundestag in eine Zeit fällt, in der schwierige, weittragende politische Entschlüsse von den berufenen Körperschaften zu fassen sind. Hoherfreudlich sei, daß die Räumung der besetzten Gebiete zum Teil schon begonnen habe, zum Teil schon in die Nähe gerückt sei. Besonderen Gruß entbot der Redner dem Saargebiet und erinnerte im Zusammenhang daran an das Hinscheiden des Reichsministers Dr. Stresemann, in dem die Deutsche Beamtenschaft einen bedeutenden Staatsmann bereitet habe, der auch die Mission des Berufsbeamtentums richtig erkannt und anerkannt habe. Die Versammlung erhob sich zum Ehrengedenken Stresemanns von den Sitzen.

Der Redner kam dann auf das Volksbegehren zu sprechen und gab der Ansicht Ausdruck, daß in der jetzigen Zeit ein solches Vorgehen nur geeignet sei, Unfrieden und Zerplitterung im deutschen Volk zu vertiefen. Die Beamtenschaft habe dem Staat nicht nur den Treueid geleistet, sondern sie sei in ihrer überproportionalen Mehrheit der deutschen Republik auch innerlich verbunden. Die Beamtenschaft habe die staatspolitische Aufgabe, die Gegensätze im Volk zu überbrücken und das allein müsse genügen, um der Beamtenschaft den einzig richtigen Weg zu weisen, den sie in diesem Fall zu gehen hat, nämlich sich von dem Volksbegehren fernzuhalten. Das habe mit Parteipolitik nichts zu tun, sondern entspreche nur der Auffassung, von der Stellung des Beamtentums im Volksstaat.

Der Redner kam dann im folgenden auf den Wert und die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums zu sprechen und erklärte, es sei nicht verständlich, daß zum Beispiel der Deutsche Städtetag es für richtig gehalten habe, Vorschläge über Zuständigkeiten zu machen, die darüber hinaus das Beamtentum in den Gemeinden in ihren Rechten so außerordentlich stark berühren, daß die Behauptung berechtigt sei, daß damit das Berufsbeamtentum in den Gemeinden langsam aber sicher abgebaut wird. Am Schluß seiner Rede gab Magistrat Gutschmidt der Erwartung Ausdruck, daß die Tagung dem ganzen Volk von Nutzen sein möge.

Die Grüße der badischen Regierung und des Innenministers überbrachte Ministerialrat Dr. Wetzel. Die badische Gemeindeordnung, so führte er u. a. aus, habe das Beamtentum und Angestelltenrecht auf eine neue Grundlage gestellt und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so bedeute es doch einen Fortschritt. Die neue badische Gemeindeordnung habe eine weitgehende Angleichung der Dienstverhältnisse der Gemeindebeamten an das der Staatsbeamten gebracht.

Für den Deutschen Städtetag sprach dessen 2. Vizepräsident, Dr. Elsas, der u. a. die Ansicht widerlegte, als ob der Städtetag an der Grundlage des Berufsbeamtentums für die Gemeinden rütteln wolle. Auf dem Gebiet der Regelung der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Gemeinden, Ländern und Reich sei immer noch keine Klärung geschaffen worden. Das Problem müsse auch von unten her untersucht und geprüft werden.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen anderer Behörden- und sonstiger Vertreter verbreitete sich Bundesdirektor Gemann über das Thema „Das kommunale Beamtentum“. Den Inhalt seines Vortrags haben wir bereits kurz wiedergegeben. Er verlangte die reichseinheitliche Regelung aller wesentlichen Grundfragen des Beamtentums und vor allem die gesetzliche Sicherung der Unkündbarkeit und einer angemessenen Bezahlung.

Im Anschluß an das Referat wurde eine Entschließung angenommen, in der ausgedrückt wird, daß der Bundestag mit Befremden von den Beschlüssen des deutschen Städtetages bezüglich der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Kenntnis genommen habe. Die Selbstverwaltung dürfe nicht Selbstzweck, sondern müsse Staatszweck sein. Das Beamtentum müsse für alle Beamten einheitlich geregelt werden.

Im weiteren Verlauf des Bundestages der Kommunalbeamten wurde nach den Referaten in der Aussprache von verschiedenen Rednern gegen die Tendenz, den Stand der Berufsbeamten zu verdrängen, scharf Stellung genommen. Hierbei richtete Abg. Heilmann (München) sehr scharfe Ausführungen gegen den Städtetag, vor allem gegen seine Vorschläge. Dr. Rulert und (den anwesenden) Dr. Elsas, wobei es an persönlichen Angriffen nicht fehlte. Obgleich der Vorsitzende den Redner ersuchte, die persönlichen Angriffe zu unterlassen und sich zu mäßigen, verließ Dr. Elsas unter Protest den Saal. Die weiteren Darlegungen des Abgeordneten Heilmann richteten sich gegen den Städtetag und fanden die Zustimmung der Versammlung.

In der Nachmittagsitzung kam dann auch der Vorsitzende, Magistrat Gutschmidt, auf den Fall Sklarek zu sprechen. Er forderte, daß über die Vorgänge in dieser Sache volle Klarheit geschaffen werde. Derartige Einzelfälle dürfen aber unter keinen Umständen verallgemeinert und der Gesamtbeamtenschaft zur Last gelegt werden. Es sei nicht die Absicht, irgend etwas beschönigen zu wollen, aber es müsse doch darauf hingewiesen werden, daß in dem Falle Sklarek z. B. eine Liste von Beamten veröffentlicht wurde, obgleich in der Bericht-

erhaltung hinzugefügt werden mußte, daß keineswegs fest-
stünde, ob diesen Beamten irgendeine Schuld beizumessen sei.
Die Namen anderer Personen, z. B. von Stadtverordneten,
sowie mit der Begründung nicht veröffentlicht worden, es handle
sich dabei um Privatpersonen. Das stelle ein Unrecht gegen-
über den Beamten dar.

Zur Erörterung kamen dann noch geschäftliche Fragen. Es
wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl des Reichsbundes der
Kommunalbeamten auch im abgelaufenen Jahr weiter gestie-
gen ist und sich um 5000 auf 189 371 vermehrt hat.

Sodann hörte die Tagung einen Vortrag des Geschäftsfüh-
rers Meuter (Berlin) über „Zehn Jahre deutscher und außer-
deutscher Beamtenbewegung“. Aus den Ausführungen des
Redners ist bemerkenswert die Feststellung: Der Deutsche Be-
amtenbund, der auf der Grundlage parteipolitischer Neutrali-
tät steht, habe zwar im Laufe der Jahre einige Ansplitterun-
gen erfahren, sei aber immer noch als die maßgebliche Groß-
organisation des deutschen Berufsbeamtenwesens anzusehen.

Es folgte dann ein Vortrag von Bundesdirektor Schubert
(Dresden) über „Das Gesetz über den Übertritt von Beamten
in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinfachung“.
Nein geschäftliche Angelegenheiten (Kassenbericht, Haushalts-
plan) wurden schnell erledigt. Bei den Wahlen wurden die
Mitglieder der Bundesleitung des Reichsbundes wiedergewählt,
und zwar Magistratsrat Gutschmidt (Berlin) zum ersten, Di-
rektor Holzmann (München) zum zweiten, Bürodirektor Boett-
ger (Dresden) zum dritten Vorstehenden. Bundesdirektor Ge-
mann wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt.

Zum Ort der nächsten Tagung wurde Trier bestimmt.
Der Sonntag brachte zwei Vorträge, und zwar einen über
„Reichsreform und Selbstverwaltung“ des badischen Innen-
ministers Dr. Kemmele, über den wir noch ausführlich berich-
ten werden, und einen Vortrag von Bundesdirektor Benz über
die Zukunft des Berufsbeamtenwesens.

Die Organisation der Internationalen Bank Der Präsident des Verwaltungsrates

Der in Baden-Baden tagende Organisationsausschuß be-
faßte sich in seiner Vollversammlung am Samstag nochmals mit
der Frage der Nachübertragung innerhalb der Bank. Man
einigte sich dahin, die Politik der Bank in die Hände des
Präsidenten des Verwaltungsrates zu legen. Außerlich ist der
Präsident natürlich primus inter pares, aber die Tatsache,
daß er im Hauptamt tätig ist, seinen Wohnsitz am Ort der
Bank haben und dem dreijährigen Turnus unterliegen, also
ständig im Amt sein soll, drückt seiner Macht schon äußerlich
den Stempel auf. Ihm steht auch die Einberufung des Ver-
waltungsrates zu. Wie man sagt, sei die Frage, welches Land
den Präsidenten stellen soll, noch nicht erörtert worden. Man
sucht ohne Rücksicht auf die Nationalität den geeignetsten
Mann, denn er werde in der Lage sein, der Bank seinen
Stempel aufzudrücken.

Die australischen Wahlen Sieg der Arbeiterpartei

Melbourne, 14. Okt. (Tel.) Die Regierung Bruce,
die von den Nationalisten und der Landpartei unterstützt
wurde, hat bei den allgemeinen Wahlen zum australischen
Repräsentantenhaus eine schwere Niederlage erlitten. Nach
den bisher vorliegenden Ergebnissen wird die Arbeiterpartei
durch nahezu 50 Mitglieder in dem neuen Parlament vertre-
ten sein. Das letzte Parlament setzte sich bei seiner Auflösung
aus 76 Abgeordneten zusammen. Unter den wiedergewählten
befindet sich der frühere Premierminister Hughes. Es erscheint
sicher, daß ein Kabinett der Arbeiterpartei unter Scullin ge-
bildet werden wird.

Sahib Allah gefangen genommen?

London, 14. Okt. (Tel.) Die „Daily Telegraph“
aus Allahabad berichtet, soll einem unbefähigten Gerücht zu-
folge, Emir Sahib Allah mit seinem Vater und seinem Bru-
der in der Zitadelle von Kabul gefangen genommen worden
sein. Die drahtlose Station von Kabul schweigt weiterhin.

Enthüllung der Wagner-Gedenktafel am Karlsruher Marktplatz

Das bedauerenswerte Schicksal so mancher Gedenktafel, kurze
Zeit nach ihrer Enthüllung noch kaum von jemand beachtet
zu werden, wird diese Richard-Wagner-Gedenktafel, deren
feierliche Enthüllung Sonntag vormittag stattfand, nicht teil-
en. Dafür bürgt der in schönsten und edelsten Sinn heute
so volkstümliche Name ihres Trägers, und dafür ist auch der
Anlaß, aus dem heraus sie gestiftet wurde, zu wichtig. Denn
nicht allein will die Karlsruher Ortsgruppe des Bayreuther
Bundes der deutschen Jugend damit an die Tatsache eines ge-
legentlichen Aufenthaltes Wagners erinnern, der im Jahre
1868 im damaligen „Englischen Hof“ abtieg, sondern über-
haupt der vielen Beziehungen gedenken, die er zur badischen
Reichsstadt und ihrem ehemals großherzoglichen Hoftheater ge-
habt hat.

Deren Namen ist aber weit genug gespannt — man kann
das Nähere in der kleinen Festschrift nachlesen —, und wie
der Bericht dort nicht lediglich um jenes theatergeschichtliche
Ereignis kreist, sondern auch die vorbildlichen Wagner-Auf-
führungen erwähnt, die unter Felix Mottl Karlsruhe später
sogar den Ruhmestitel eines „Klein-Bayreuth“ eintrugen, so
soll eben diese jetzt am Hause Kaiserstraße Nr. 76 angebrachte
Tafel mit der schlichten Inschrift: „In diesem Hause wohnte
Richard Wagner im November 1868“ über den äußeren histo-
rischen Anlaß hinaus im erweiterten und größeren Zusam-
menhang ein Gedenkmal der ehrenden Tradition und zugleich
als Symbol eine stete Aufforderung sein zur Weiterpflege
der im Gesamtwerk Richard Wagners ruhenden kulturellen
Werte.

Der eigentlichen Enthüllung am Marktplatz ging unter ent-
sprechend harter Anteilnahme der gesamten Einwohnerschaft
eine Weisestunde voll festlichen Gepräges vor dem Schloß
voraus. Freudvolle Spätsonnensonne lag nach trübem Ne-
gentagen über dem Ehrenhof des Schlosses zwischen Haupt-
portal und den beiden Wächhäusern, den eine stattliche Menge
umsäumte, schon lange, bevor gegen die Mittagsstunde sich
dort die Ehrengäste versammelten, unter ihnen Frau Mini-
fred Wagner nebst Sohn, Oberbürgermeister Dr. Finter sowie
viele andere Vertreter staatlicher und städtischer Behörden.

Mit Wagners Guldigungsmedaille, vorgetragen von der
Sarmielcapelle unter Hugo Rudolphs Leitung, begann die
Feier. Dann sang die „Siederhalle“ mit Studenten Hugo
Wagner am Dirigentenpult den „Wach auf“-Chor aus den
Meisterjüngern. Eine Ansprache des ersten Vorstehenden der
Karlsruher Ortsgruppe, Christian Lorenz, folgte. Auch er be-
tonte die Tafel solle nicht bloß Zeugnis einer kulturhistori-
schen Reminiszenz sein; wie sich der Bayreuther Bund selbst
die Zukunft übertragend einer von vielen schon verloren ge-
glaubten Position zur Aufgabe gemacht habe, so sei es auch
Zweck dieser Tafel, allen Deutschen zu künden, was sie an
Richard Wagners Werk, das nicht bloß individuelle Befennt-

Zur Sklarek-Affäre

Belastung der Berliner Stadtbank

Bei seiner Vernehmung am Samstag hat Max Sklarek zum
erstenmal seine Stillschweigeerklärung abgegeben. Er bestritt
zwar noch immer, an den Fälschungen beteiligt zu sein, hat
aber eine ausführliche Darstellung des Zustandekommens der
Stadtbankkredite gegeben. Sklarek belastet mit seiner Aussage
verschiedene Beamte der Stadtbank, die ihn geradezu aufgefor-
dert hätten, wertlose Belege vorzulegen. Am stärksten belastet
Sklarek den Abteilungsleiter der Stadtbank, Schroeder, von
dem er behauptet, er hätte den Sklarek geraten, ungedeckte
Schecks zu hinterlegen, was denn auch tatsächlich geschehen sei.
Ebenso wurden von den Sklarek's Kofscheds hinterlegt, die
drei bis vier Monate vordatiert waren. Die Schecks der Skla-
reks, die die Stadtbank im Tresor hatte, waren zum Teil un-
gedeckt. Von diesen Manipulationen soll, wie Max Sklarek
behauptet, die gesamte Direktion der Stadtbank unterrichtet
gewesen sein.

Wie sich jetzt herausstellt, hat der Oberpräsident der Pro-
vinz Brandenburg schon im Frühjahr dieses Jahres eine um-
fangreiche Revision bei der Stadtbank angeordnet, bei der
schärfste Beanstandungen gegen die Kreditgarantie der Stadt
erhoben. Erwährend ist dabei, daß die Sklarek-Geschäfte bei die-
ser Revision keine Rolle spielten. Es handelte sich um Bean-
standungen anderer Geschäfte, bei denen offenbar ebenfalls
schwere Verfehlungen vorgekommen sind.

Keine Verschiebung der Berliner Kommunalwahlen

In Berlin ist das Gerücht aufgetaucht, daß innerhalb der
preussischen Regierung eine Verschiebung des Termins der
benötigenden Berliner Kommunalwahlen geplant sei. Den
Grund zu diesem Plan soll die Sklarek-Affäre bilden, da man
der Annahme sei, daß die staatsanwaltschaftliche und diszipli-
narisches Untersuchung geführt werde, wenn das Material aus
dieser Affäre für die Wahlen verwertet würde.

Wie die „Berl. Montagsp.“ erzählt, ist bei den maßgeben-
den Stellen der preussischen Regierung ein solcher Gedanke
niemals erwogen worden.

Lieferungsstempel bei einer Koblenzer Reichsbahnstation

Der Inhaber der vor kurzem zusammengebrochenen Firma
Loni Dunkel in Koblenz, die u. a. für die Reichsbahn arbeitete
sowie mehrere Reichsbahnbeamte, sind unter dem Verdacht
unlauterer Machenschaften bei der Vergebung von Aufträgen
der Reichsbahn verhaftet worden. Gelegentlich des Zusammen-
bruchs der Firma Dunkel (elektrische Licht- und Kraftanlagen)
wurden unter den Geschäftspapieren belastende Aufzeichnungen
entdeckt. Die gerichtliche Untersuchung bewegt sich auf
dem Gebiet der Amtsunterschlagung, sowie der aktiven und
passiven Bestechung.

Die Rheinbrücken in Köln und Düsseldorf

Die neue Rheinbrücke Köln-Mülheim, die größte Hänge-
brücke des Kontinents, ist am Sonntag vom Reichsverkehrs-
minister Stegerwald in Anwesenheit von Reichsminister von
Guérard und Minister Dr. Dittmer feierlich dem Verkehr
übergeben worden.

Minister Stegerwald beglückwünschte Köln zu diesem neuen
Verkehrsschritt. Die Brücke überspanne in einer einzigen
Öffnung von mehr als 300 Meter Weite den Rhein. Ihr ge-
büte im Range der Rheinbrücken der erste Platz. Am Sam-
stag sei in Düsseldorf ebenfalls eine neue Brücke dem Ver-
kehr übergeben worden. Drei weitere Rheinbrücken werden
demnächst südlich von Mainz in Angriff genommen. Diese
Tatsachen bezeugen, daß das übrige Deutschland dem Rhein
nach wie vor sein großes Interesse zuwendet. Möge diese
neue Brücke, die jetzt ihrem Bestimmungszweck übergeben
wird, ein Symbol dafür sein, daß wir auch in der Zukunft
mehr als je entschlossen sind, allen Schwierigkeiten zu bege-
gnen.

Bei der Einweihung der Rheinbrücke Düsseldorf-Neuß
Bahngesellschaft, Freken, der namens der Rheinbahn, die mit
den Städten Düsseldorf und Neuß Bauherr im engeren Sinn
gewesen sei, alle diejenigen, die in den 24 Jahren an diesem
Werk mitgearbeitet haben, zur glücklichen Vollendung des
Werkes beglückwünschte.

Die österreichische Verfassungsreform

Mitteilungen des Innenministers

Der österreichische Minister des Innern und Obmann des
Landbundes, Schumy, hielt in Klagenfurt eine große politische
Rede über die Aufgaben des Kabinetts Schöber, wobei er
zum ersten Male eingehendere Mitteilungen über die von der
Regierung vorbereiteten Entwürfe zur Verfassungsrevision
machte.

Danach soll der Bundespräsident das Recht zur Auflösung
des Nationalrates, zur Ernennung und Entlassung der Mini-
ster, sowie ein beschränktes Notverordnungsrecht erhalten, und
die Befugnis, auf Antrag des Kabinetts über einzelne Ge-
biete der Republik den Ausnahmezustand zu verhängen. Der
Bundespräsident soll außerdem das Recht zur Berufung des
Volkes besitzen. Die Wahl des Präsidenten erfolge in der
Weise, daß dem Bundesrat neben 18 Landesvertretern 36 Ver-
treter der Stände angehören. Jedes Land besitze, ebenso wie
die Bundeshauptstadt Wien, zwei Mandate, während die land-
wirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter 12, Handel, Ge-
werbe und Industrie 9, die Arbeiter und Privatangehörigen 9,
die öffentlichen Anstalten 8 und die freien Berufe auch 9 De-
legierte in den Bundesrat entsenden.

Der Nationalrat werde, wie bereits gemeldet, 120 Abge-
ordnete (bisher 105) zählen. Auch die Landesregierungen und
Landtage sollen in möglichen Grenzen verkleinert werden. Der
Staat dürfe in 60–80 Wahlkreise eingeteilt, und das Wahl-
alter hinaufgesetzt werden. Wien soll eine bundesunmittel-
bare Stadt werden, so daß der Kosten des Landeshauptman-
nes hier verschwindet, und der Instanzenweg vom Bürger-
meister direkt an das Ministerium geht. Die Entpolitisierung
soll sich auf das Bundesheer, den Verfassungsgerichtshof und
den Verwaltungsgerichtshof erstrecken.

Die Verfassungsreform werde u. a. durch ein Gesetz zum
Schutze der Arbeitsfreiheit und ein Gesetz zur Sicherung der
Versammlungsfreiheit ergänzt. Damit das Verfassungswort
gelingen, müßten sich die Geimwehren in den Dienst der Re-
formarbeit stellen, Ruhe halten und auf weitergehende Aspi-
rationen verzichten. Aber auch die Sozialdemokratie müßte
eine starke Einsicht bekunden, denn sie habe zwischen Krieg
und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur, oder ge-
nauer gesprochen, zwischen geordneten Zuständen und schar-
fen Kämpfen zu wählen.

Das Zündholzmonopol

Wie die „Voss. Zig.“ hört, ist über die Grundzüge des An-
leihe- und Zündholzmonopolplanes zwischen Reichsregierung
und Ivar Kreuger völlige Übereinstimmung erzielt worden.
Aus den wichtigsten Bestimmungen führt das Blatt an:

Der Schwedentrust, dazu seine Dachgesellschaft, die Kreu-
ger & Toll AG. in Stockholm, gewährt dem Deutschen Reich
eine sechsprozentige Anleihe von 125 Mill. Dollar auf 50
Jahre fest, die nur deutscherseits nach 10 Jahren konvertiert
oder getilgt werden kann. Trägerin des Zündholzmonopols
wird eine Gesellschaft öffentlichen Rechtes, die durch Umbil-
dung der bisherigen Syndikatsorganisation, der Deutschen
Zündholzvertriebs AG. geschaffen werden soll. Der Deutschen
Gruppe (50 v. H.) wird auch die Zündholzfabrik der Konsum-
vereine, die bisher außerhalb des Syndikats stand, angehören.
Der schwedische Anteil ist nach wie vor um 15 v. H. geringer
als ihr Anteil an der Produktion. An der bereits angekün-
digten Preisreduzierung auf 35 Pf. werde festgehalten werden.
Die Aktionäre der Monopolgesellschaft erhalten eine feste Di-
vidende von acht Proz.

Reichsminister von Guérard im Rundfunk

Reichsjustizminister von Guérard hielt Sonntag abend im
Kölnener Rundfunk die angekündigte Rede über das Thema
„Rheinland und Volksbegehren“, in der er sich vor allem ge-
gen die unwahren Behauptungen der Agitation des Volks-
begehrens wandte. Er schloß seine Ansprache mit den Wor-
ten: Dieses Volksbegehren ist ein Frevler am deutschen Rhein,
am Deutschen Reich, am deutschen Volk. Deshalb, deutsche
Frauen, deutsche Männer: Gegen das Volksbegehren! Gegen
dieses sogenannte Freiheitsgesetz, das uns, das den deutschen
Rhein wieder in Unfreiheit führen muß!

Zeittheater

Für den vom Bad. Landestheater in Aussicht genommenen
Sonderzyklus von fünf Werken zeitgenössischer Autoren macht
sich ein reges Interesse geltend. Es sind schon Anmeldungen
zur Teilnahme in großer Zahl eingelaufen. Zu diesem Zyklus
„Zeittheater“ mag folgendes noch grundsätzlich bemerkt wer-
den:

Es handelt sich bei den aufzuführenden Werken um proble-
matische Fragen auf medizinischen, juristischen, kriminellen und
sexuellen Gebieten, die die heutige Öffentlichkeit stark beschäf-
tigen. Da es aber nicht jedermanns Sache ist, die Behandlung
solcher Fragen, wenn auch in völlig ernsthafter Weise, in
öffentlicher Bühnendarstellung anzusehen, ist dieser Sonder-
zyklus als eine gewissermaßen geschlossene Veranstaltung vor-
gesehen, und es wird empfohlen, daß nur Personen daran teil-
nehmen, die bereit sind, in ernsthafter und würdiger Weise mit
den genannten Zeitproblemen sich auseinanderzusetzen. Es soll
jede sensationelle Teilnahme ausgeschlossen sein. Für die Ju-
gend dürfte sich der Besuch der Vorstellungen nicht empfehlen,
da Fragen behandelt werden, zu denen eine gewisse innere
Reife gehört.

Die Auswahl der fünf Stücke ist sehr sorgfältig vorgenom-
men worden. Ferdinand Bruckner's „Krantheit der Jugend“,
dessen außerordentliche Theaterwirksamkeit bei bisherigen Auf-
führungen sich schon erwiesen hat, wird am 15. November die
Sondermiene eröffnen.

Die Propyläen-Weltgeschichte. Eine neue, auf zehn Bände
berechnete Weltgeschichte beginnt demnächst im Propyläen-
Verlag zu erscheinen. Sie wird von Professor Walter Koch,
dem bekannten Historiker der Universität Leipzig herausge-
geben, der zahlreiche, bedeutende Fachgelehrte wie: Erich
Brandenburg, Karl Brandt, Hans Freyer, Heinrich Herber,
Erich Marcks, Georg Steindorff, Oskar Walzel zu Mitarbei-
tern gewonnen hat. Diese neue Weltgeschichte stellt sich zur
Aufgabe, den Werdegang der Menschheit in Gesellschaft und
Staat, Wirtschaft und Geistesleben zum ersten Male so dar-
zustellen, wie wir ihn heute nach den grundlegenden Ver-
änderungen durch Weltkrieg und Revolution sehen. Dabei er-
hält von den Erlebnissen der jetzigen Generation her manches
Alte und Älteste ein überraschendes neues Licht. Vor allem
rückt die bisher vornehmlich gepflegte politisch-militärische Ge-
schichte in den Hintergrund zugunsten der sozialen, wirtschaft-
lichen und geistigen Entwicklung, die viel stärker betont wird.
Diese Abgrenzung kommt auch in der reichen, technisch
vollkommenen Illustration zum Ausdruck, die sich mit dem Text
zu einer unausschließlichen Einheit verbindet. Zunächst erscheint
der siebente Band, der das Zeitalter der Revolution, Napo-
leons und der sogenannten Restauration umfaßt und demnächst
seines Inhalts, der häufigen Parallelen zu unserer Zeit, be-
sonders gegenwartnahe wirkt.

sein Personalabbau in Preußen

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ hat ausgangsweise einen Erlaß des preussischen Finanzministeriums veröffentlicht, der im Hinblick auf die Vorbereitung des Etats für 1930 den Grundsatze aufstellen soll, die Zahl der beamteten und nicht-beamteten Kräfte in den einzelnen Ressorts um 10 v. H. zu vermindern. Daraufhin beschloß der preussische Landtagsausschuß für Beamtenfragen, den Finanzminister Dr. Häpfer-Achhoff auf Montag, den 14. Oktober, zum persönlichen Erscheinen vor dem Ausschusse einzuladen.

Der demokratische Abg. Bartels teilte nun im Ausschusse mit, daß der Minister bereit sei, zu erscheinen, daß er ihn aber jetzt schon ermächtigt habe, dem Ausschusse zu erklären, daß die Mitteilungen des genannten Blattes unrichtig seien. Wichtig sei nur, daß der Minister bei der kommenden Verwaltungsreform mit einem um 10 v. H. verminderten Personalbestand auszukommen hoffe, und daß er im Hinblick auf die äußerst gespannte preussische Finanzlage im allgemeinen keine neuen Stellen und keine Höherstufungen schaffen wolle. Der Haushalts für 1930 enthalte aber keine Personalverminderung. Auch sei es unzutreffend, daß er die Bestimmungen des Besoldungsgesetzes von 1927 betreffend Nichtwiederbesetzung freierwerdender Stellen anwenden wolle.

Der Ausschuss beschloß hierauf, von dem Anerbieten des Ministers Gebrauch zu machen, der am heutigen Montagmorgen vor dem Ausschusse erscheinen will.

Der „antifaschistische Kongress des Ruhrgebiets“ aufgelöst. Wie das kommunistische „Ruhredo“ mitteilt, wurde am Sonntagmittag in Castrop-Rauxel, der „antifaschistische Kongress des Ruhrgebiets“, der von der Polizei verboten worden war, durch ein größeres Aufgebot von Polizeibeamten aufgelöst.

Im Doppelner Prozeß wegen der Zwischenfälle anlässlich der polnischen Theateraufführung lautete das Urteil gegen den Angeklagten Kalemaja auf acht Monate, Jentner und Nowak auf je sechs Monate, Potjada und Haupt auf je vier Monate, Kofster drei Monate Gefängnis. Die jugendlichen Angeklagten Raduk und Junke erhielten eine Verwarnung. Elf Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Pariser Sowjetvertretung. Die große Säuberungsaktion in der Sowjetvertretung in Paris hat am Sonntag ein neues Opfer gefordert. Der Chef der Pariser sowjetrussischen Handelsdelegation, Kumanoff, ist durch direkte telegraphische Order aus Moskau heute von seinem Posten entbunden worden. Kumanoff, der mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgerüstet war, wurde als die nach dem Botschafter Dowgalewski wichtigste Persönlichkeit der diplomatischen Vertretung der Sowjets angesehen.

Rohstoffabkommen mit den Eisenbahnern in England. Zwischen vier Eisenbahngesellschaften und der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten wurde, wie aus London gemeldet wird, ein vorläufiges Abkommen geschlossen, das eine Beibehaltung der bereits in Kraft befindlichen 24prozentigen Lohnobergrenzung für einen Zeitraum von sechs Monaten, der am 12. Mai nächsten Jahres abläuft, vorsieht.

Nach keine Einigung zwischen Luftschiffbau und Besatzung

Im Luftschiffbau Zeppelin fand unter Vorsitz von Dr. Gdener eine Sitzung statt, in der fast alle Mitglieder der Besatzung des „Graf Zeppelin“ teilnahmen. Der größte Teil der Mannschaft hatte, wie gemeldet, unterzeichnet die Erklärung abgegeben, an der Nordpolfahrt nicht teilzunehmen. Dr. Gdener führte der Mannschaft die ganze Sachlage in ihrer Tragweite vor Augen und sprach über die Strapazen eines Polarfluges. Zu einem einmütigen Entschlus kam man bei der Besprechung nicht.

In Wiberach (Württemberg) wurde ein Falschmünzergest ausgedehnt. Die Falschmünzer, die 50-M., 2-M. und 5-M.-Stücke seit einiger Zeit anfertigten, und im ganzen württembergischen Oberlande in Umlauf setzten, konnten auf frischer Tat ertappt werden.

Badischer Teil

Der Wohnungsausschuß des Reichstags in Mannheim

Auf der Besichtigungsreise des Wohnungsausschusses des Reichstages startete dieser am Samstag und Sonntagvormittag als einziger badischer Stadt Mannheim einen Besuch ab. Die Gäste trafen am Samstag abend gegen 7 Uhr ein und begaben sich in das Parkhotel wo sie von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden begrüßt wurden.

Namens des badischen Staates überbrachte Ministerialrat Imhof, Karlsruhe, die Grüße und wies in seinen weiteren Ausführungen auf die Verhältnisse in Baden auf dem Gebiete des Wohnungswesens hin. In Baden habe sich das dezentralisierte System der Wohnungsbauverwaltung gut bewährt. Für Wohnungsbedürfnisse seien von Baden im Jahre 1929 etwa 7 Mill. Reichsmark aufgenommen worden durch Anleihen neben den aus der Hauszinssteuer fließenden Beträgen. Wenn auch die Bautätigkeit, die in den letzten Jahren stark angewachsen sei, im Jahre 1929 zurückging, so sei doch bis etwa August dieses Jahres die Friedensproduktion noch überschritten worden. Immerhin sei die Wohnungsnot in Baden noch sehr groß und das Gesetz über die Gebäudeentlastungssteuer müsse unbedingt möglichst bald durchgeführt werden. Zum Schlusse seines Referates wies Ministerialdirektor Imhof auf die Lage Badens als Grenzland hin, die die Schaffung eines besonderen Auslasses für die Grenzländer durch das Reich wirtschaftlich wertvoll erscheinen ließe.

In Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters begrüßte alsdann Bürgermeister Balli die Gäste namens der Stadt Mannheim und gab in einem längeren Referat einen Überblick über die Wohnungsnot und die Bautätigkeit in der Stadt Mannheim. Er verwies insbesondere auch auf die große Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die trotz aller Unterstützung der Bautätigkeit in Mannheim immer noch rund 10 000 betrage. Er stellte fest, daß Mannheim in der Nachkriegszeit sich bis an die Spitze der deutschen Städte herangearbeitet habe, soweit die Schaffung von Wohnungen in Betracht komme. Besonders schwer zu lösen sei die Frage der Mietpreisbildung und der Kapitalbeschaffung. Solange noch die hohen Geldsätze und Beschaffungsschwierigkeiten beständen, könne an eine bessere Anpassung der Mietpreise in Neubauten an die Allwohnungen nicht gedacht werden.

In seinem folgenden Referat schilderte Oberbaurat Bissler die Schwierigkeiten, die sich gerade in Mannheim aus geologischen Gründen der Bautätigkeit entgegenstellen. Er gab dann einen Überblick auf die Generalbebauungspläne der Stadt und insbesondere auch auf die von der Stadt noch geplanten Projekte.

Anschließend fand dann auf Einladung der Stadtverwaltung ein gemeinsames Abendessen statt, am Sonntagvormittag schloß eine Besichtigungsreise durch die hauptsächlichsten erschlossenen Baugelände Mannheims sich an, bei der unter sachkundiger Führung die am Samstag in den Referaten geäußerten Ausführungen erläutert wurden. Nach der Rundfahrt, die an der Rheinbrücke endete, gaben die Mitglieder des Ausschusses ihrer

großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß Mannheim doch keine bloße Industriestadt sei, wie man es ihnen geschildert hatte, sondern eine Stadt, die reich an Schönheiten nicht nur kultureller, sondern auch baulicher Art ist.

Am Sonntagnachmittag folgte eine Besichtigung Ludwigsbadens, nach der die Mitglieder des Wohnungsausschusses des Reichstages die Weiterfahrt nach Stuttgart antraten.

Der neue Oberlandesgerichtspräsident

An Stelle des verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer wurde der bisherige Senatspräsident beim Oberlandesgericht, Karl Buzengeiger, zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Karlsruhe ernannt. An seine Stelle trat Landesgerichtsdirektor Peter Göttinger in Karlsruhe. Der neue Oberlandesgerichtspräsident ist 1872 in Gutach (Amt Wolfach) geboren, wurde 1894 Rechtspraktikant, 1898 Referendar, 1899 Ministerialsekretär und 1900 Amtsrichter in Karlsruhe. 1905 erfolgte seine Ernennung zum Oberamtsrichter. 1906 wurde er Landesgerichtsrat, 1909 Oberlandesgerichtsrat und Senatspräsident beim Oberlandesgericht.

Irrtum in einem Gerichtsbericht

Ein Gerichtsbericht der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Nr. 506 vom 5. Oktober über den Verteidigungsprozeß des Ministers des Innern gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim enthält infolgedessen einen Irrtum, als es sich bei dem in dem Bericht erwähnten Rundscheiben über die eventuelle Bewaffnung der Ortspolizeibeamten nicht um einen Erlaß des Ministeriums des Innern handelt, sondern um eine örtliche Maßnahme des Bezirksamts anlässlich der Kontrolle der Gemeindepolizei.

Minister Dietrich über den Besuch des Reichsrats in Baden

In einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei in Baden-Baden betonte Reichswirtschaftsminister Dietrich den erschlatternden Eindruck, den die Grenzlandnot Badens, namentlich in Kehl, auf den Reichsrat gemacht haben. Reichsrat und Reichsregierung hätten die Überzeugung gewonnen, daß gerade für diese Bezirke an der Westgrenze unter allen Umständen etwas getan werden müsse, solle nicht die Wirtschaft im badischen Lande vollkommen zum Erliegen kommen.

Der schweizerische Ständerat zur Rheinregulierung

Die Kommission des Ständerats für die Regulierung des Rheins auf der Strecke Straßburg-Kehl-Basel hat, wie aus Basel gemeldet wird, nach erfolgter Besichtigung und eingehender Beratung einstimmig beschlossen, dem Bundesbeschlusse betreffend die Regulierung des Rheins zwischen Basel (Stein) und Straßburg-Kehl mit einigen redaktionellen Vereinfachungen grundsätzlich zuzustimmen. Die Kommission wird in der ersten Woche der Dezembersession in Bern noch einmal zusammenzutreten, um die von ihr gewünschten weiteren Mitteilungen des Bundesrats entgegenzunehmen.

Aus den Parteien

Reichstagsabgeordneter Dr. Köhler wurde dieser Tage in einem Berliner Krankenhaus infolge eines Kehlkopfleidens operiert. Wie der „Bad. Beob.“ mitteilt, ist das Befinden des Patienten den Umständen entsprechend gut. Dr. Köhler, der sich sein Leiden zweifelslos durch Überanstrengung beim Reden zugezogen hat, darf auf ärztliche Verordnung zur Zeit überhaupt nicht reden. Nach einer Mitteilung Dr. Köhlers an den „Bad. Beob.“ hofft er, in vier Wochen wieder gesund zu sein.

In seiner letzten Landesvorstandsitzung in Karlsruhe befaßte sich der Badische Landesverein des Evangelischen Bundes mit seiner Stellung im unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlkampf. In einer Entschließung wurde u. a. gesagt: „Der Evangelische Bund in Baden hat seine Mitglieder in fast sämtlichen Parteien. Er lehnt es ab, seine Glieder festzulegen für eine einzige politische Partei. Er muß aber nachdrücklicher als bisher von ihnen verlangen, daß sie bei ihrer politischen Betätigung sich ihrer Verpflichtungen der evangelischen Kirche gegenüber bewußt sind. Der Landesvorstand kann in der Gründung einer evangelischen Partei in der gegenwärtigen Zeit keine Lösung des schwierigen Problems der Stärkung des Öffentlichkeitswillens des evangelischen Volksteils sehen. Er ist auch dieser Partei gegenüber völlig neutral.“

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung: „Nichtige Ernährung“

Das Deutsche Hygienemuseum in Dresden, das sich die Aufgabe gestellt hat, über alle wichtigen Fragen der allgemeinen Gesundheitslehre aufklärend in der Bevölkerung zu wirken, hat in den Dienst dieser Sache eine Reihe von Wanderausstellungen gestellt. Eine mit Unterstützung der Stadt Karlsruhe beabsichtigte Ausstellung „Nichtige Ernährung“ gibt in wissenschaftlich einwandfreier aber allgemeinverständlich gehaltener Form Aufklärung über alle Fragen auf dem Gebiete der Ernährung, einem Gebiet, das durch den Krieg und die Auswirkungen der Blockade das gesteigerte Interesse der wissenschaftlichen Forschung gefunden hat und in den letzten Jahren auch die Beachtung immer weiterer Kreise der Bevölkerung findet.

Die Ausstellung wird in der Zeit vom 9. bis 24. November d. J. in der städtischen Ausstellungshalle gezeigt werden, und dürfte, da sie für jeden Einzelnen außerordentlich wertvolle Hinweise für eine gesundheitsgemäße Lebensweise bringt, von der gesamten Bevölkerung begrüßt werden und sich eines regen Besuches erfreuen.

Asphaltstraßen und Kraftwagen. Die Klagen der Kraftwagenfahrer über die Gefährlichkeit der bei nassem Wetter schlüpfrig werdenden Asphaltstraßen sind nicht neu. Gerade in letzter Zeit fällt es wieder auf, daß die Unfallberichte immer wieder besagen, daß Wagen ins Schleudern gekommen sind. Die erste Konsequenz wäre die Einschränkung des Waus von Asphaltstraßen, zumal hier ein aus dem Ausland zu beziehender Rohstoff gebraucht wird, und dafür die Bevorzugung des Waus von Beton- und Leertstrassen, die außerdem ganz aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden können. Während man in Berlin den Asphalt von den Straßen entfernt, merkt man hier kaum etwas von einem bezartigen, im Interesse der Sicherheit der Allgemeinheit erforderlichen Vorgehen. Zum mindesten müßte nun daran gegangen werden, den Asphalt aufzuräumen. Dazu hat man anderwärts Erfahrungen genug gesammelt, deren Verwertung auch für Karlsruhe und Baden dringend notwendig ist, gerade jetzt, angehts des Herannahens des nassen Herbstwetters, bei dem der Blättersfall die Gefahr noch verstärkt.

„Graf Zeppelin“ über Karlsruhe. Die Landeshauptstadt erlebte gestern nachmittags aufs neue eine freundliche Überraschung. Um 1/5 Uhr hörte man plötzlich das eigenartige Surren der Motoren des „Graf Zeppelin“, der, auf der Rückfahrt von der Hollandreise begriffen, über unerer Stadt erschien. Der Luftreise bewegte sich im prächtigen Sonnenschein langsam und in mäßiger Höhe in südlicher Richtung über der Stadt und entschwand gegen 5 Uhr den Widen. — Der

Start zur Hollandfahrt erfolgte in Friedrichshafen in der Nacht zum Sonntag um Mitternacht mit 80 Passagieren. In Holland wurde das Luftschiff überall mit Interesse und Begeisterung begrüßt. Sonntag abend 6.50 Uhr erfolgte in der Dunkelheit nach der Rückkehr nach Friedrichshafen die glatte Landung. Vor der Abfahrt war übrigens wieder ein blinder Passagier, ein junger Holländer, entdeckt worden.

Referatbesuch der Dammertodausstellung. Die städtische Ausstellung auf dem Dammertodgelände hatte am Sonntag einen Massenbesuch zu verzeichnen. Angelockt durch das herrlich schöne Wetter setzte schon am Vormittag ein starker Zustrom der einheimischen Bevölkerung ein, der am Nachmittag durch zahlreiche auswärtige Gäste verstärkt wurde, so daß die Besucherzahl gegen Abend bis auf 6000 stieg. Von auswärts sah man u. a. Pressevertreter aus Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und Köln sowie Paris. Auch eine Kommission des bremischen Magistrats stattete im Laufe des Tages der Ausstellung einen Besuch ab. Die auswärtigen Gäste betundeten für die Ausstellung lebhaftes Interesse.

Kartenvorverkauf zum 1. Badischen Brudner-Fest. Für das vom 6. bis 10. November stattfindende 1. Badische Brudner-Fest hat der Vorverkauf in Karlsruhe bereits eingesetzt, und es besteht eine erfreuliche Nachfrage nach Karten. Außer der Auskunftsstelle II des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstraße, haben die Kongerddirektion Musikhaus Frey Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr., und die Kongerddirektion Musikhaus Schalle, Kaiserstr. 175, den Kartenvorverkauf für sämtliche Veranstaltungen des 1. Badischen Brudner-Festes übernommen. Mit Ausnahme der Kartenhefte mit vorteilhafter Ermäßigung, die nur beim Verkehrsverein erhältlich sind, sind bei diesen Vorverkaufsstellen alle Karten zu haben. Für nähere Einzelheiten sei auf die Anzeige verwiesen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das seit mehreren Tagen vor der europäischen Westküste liegende Hochdruckgebiet ist auf das Festland übergetreten und hat in Frankreich und Süddeutschland durchgreifende Besserung des Wetters gebracht. Norddeutschland hat bei westlichen Winden noch veränderliches Wetter. Unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes werden wir in unserem Gebiet das heitere Herbstwetter voraussichtlich noch einige Tage behalten. Wetterausichten: Fortdauer des heitern und trockenen, tagsüber milden Herbstwetters, freie Hochlagen leichter Nachtfrost, lokale Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Mannheim, 12. Okt. Am Sonntag wird die in etwas über zweijähriger Bauzeit fertiggestellte Peterskirche durch Prälat Bauer benediziert. Die Kirche ist eine sogenannte Hallenkirche, nach den neuesten architektonischen Grundrissen Pfeilerlos gebaut. Gotische Stilelemente sind unerkennbar. Ohne jegliche Verzierung und besonderen Schmuck sind auf dem blau getönten Grunde der Wände der Apostelfürsten Petrus und andere Heilige aufgemalt. Sonst ist man ganz der Materialart gefolgt und hat einfache, klare Linien der Gesimse und Fenster bevorzugt. Neben der Kirche, die mit ihrem 54 Meter hohen Turm eine Fierde der Schwelinger Vorstadt bildet, ist das Pfarrhaus angebaut. Es wird mit dem noch zu errichtenden Gemeindehaus einen einheitlichen Komplex bilden. Sämtliche Gebäude sind aus Kunststein, Eisen und Beton ausgeführt.

D3. Sodenheim, 14. Okt. Bei einbrechender Dunkelheit ereignete sich auf der stark belebten Landstraße zwischen Sodenheim und Egingen, kurz nach der Unterführung der Schnellbahn unter der Main-Neckar-Bahn ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorradfahrer, bei dem der eine Fahrer getötet und der zweite schwer verletzt und ins Krankenhaus nach Heidelberg eingeliefert wurde. Beide Fahrer stammen aus Heidelberg.

bl. Hundes, 14. Okt. Vom schönsten Wandervetter begünstigt, erfolgte gestern die Einweihung des neuen Höhenweges über den Hochlopf nach Unterimm und der zum Andenken an den verstorbenen Schwarzwaldfreund und Mitbesitzer des Kurhauses Hundes, Stefan Mauthart, errichteten Gedächtnishütte.

bl. Freiburg, 12. Okt. In den Kommissionsitzungen der Association Internationale Automobile, die in Paris tagte, wurde die von Deutschland ausgegangene Anregung, die drei großen Internationalen Bergrennen, auf der Klausenstraße in der Schweiz, auf dem Schanibund bei Freiburg und auf dem Semmering bei Wien, zu einer Bergmeisterschaft von Europa zusammenzufassen, günstig aufgenommen, und der Automobilklub der Schweiz wurde beauftragt, einen Ausschreibungsentwurf herzustellen.

D3. Wolfach i. S., 12. Okt. Studienrat und Bürgerchulvorstand a. D. Franz Ditsch wurde in der gestern stattgefundenen Gemeinderatssitzung in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Stadt Wolfach zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. U. a. hat Ditsch die Chronik von Wolfach verfaßt und das städtische Archiv musterergütig eingerichtet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Oktober		12. Oktober	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80	168.37	168.71
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17	111.94	112.16
Italien 100 L.	21.93	21.97	21.925	21.955
London . 1 Pf.	20.383	20.423	20.382	20.422
New York . 1 D.	4.1881	4.1960	4.1881	4.1960
Paris . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . 100 Fr.	80.97	81.13	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	58.85	58.97	58.84	58.96
Prag . 100 Kr.	12.394	12.414	12.391	12.411

Die Oberrheinschiffahrt durch Niedrigwasserstand lahmgelegt. Infolge des niedrigen Wasserstands des Rheins mußte, wie aus Kehl gemeldet wird, die gesamte Oberrheinschiffahrt lahmgelegt werden. Das Wasser ist so nieder, daß nicht einmal Leerfähne den Rhein befahren können. Der Stillstand in der Schifffahrt ist für die Schiffer ein außerordentlich unangenehmer finanzieller Ausfall. Auch die Hafenarbeiter an den oberrheinischen Umschlagplätzen werden hart betroffen. Während den ganzen Sommer über in drei Belegschaften gearbeitet werden konnte, mühten jetzt zwei Schichten entlasten werden, weil keine Schiffe mehr ankommen. Nur die Kieszieher haben von niedrigerem Wasserstand einen Vorteil.

Raucher!!
Doppelt ist der Genuß mit Wylert, der Rachen ist vor Entzündung geschützt, der Atem rein!
In Apotheken u. Drogerien RM. 1,25 u. 70 Pf.

Zentralhandelsregister für Baden.

Freiburg, Kreisg. B. 597
Handelsregister Freiburg
i. Br.

A Bd. VII D.-3. 185:
Firma Heinrich Bitt, Frei-
burg, ist erloschen. Am 11.
September 1929.

A Bd. X D.-3. 89: Firma
Carl Heinrich König, Frei-
burg, Inhaber ist
Kaufmann Carl Heinrich
König in Freiburg. Am 11.
September 1929.

A Bd. VII D.-3. 187:
Firma Eduard Engler in
Mengen ist erloschen. Am
13. September 1929.

A Bd. X D.-3. 85: Die
Firma Heinrich Baron, z.
„Kaufhaus“ in Freiburg,
hat die Firma geändert in
„Heinrich Baron, zum
Kaufhaus“. Inhaber: Karl
Thomas. Inhaber ist jetzt
Wirt Karl Thomas in Frei-
burg. Am 16. September
1929.

A Bd. VIII D.-3. 359:
Firma Käsevertrieb Josef
Müller, Freiburg, ist er-
loschen. Am 18. September
1929.

B II D.-3. 34, bei Süd-
deutsche Isolatorwerke,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Freiburg:
Dr.-Ing. Arthur Sommer-
feld in Freiburg ist als
Geschäftsführer bestellt.
Durch Generalversamm-
lungsbefehl vom 24. Au-
gust 1929 ist § 7 des Ge-
sellschaftsvertrags geän-
dert; sind zwei Geschäfts-
führer bestellt, so hat je-
der von ihnen das Recht
der Einzelzeichnung. Am
14. September 1929.

B Bd. III D.-3. 74:
Firma Café Hansa, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, in Freiburg,
wurde gemäß § 31 Abs. 2
HGB. von Amts wegen
gelöscht. Am 16. Septem-
ber 1929.

B Bd. III D.-3. 72, bei
Firma Café Hansa, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, in Freiburg,
wurde gemäß § 31 Abs. 2
HGB. von Amts wegen
gelöscht. Am 16. Septem-
ber 1929.

B Bd. III D.-3. 81, bei
„Feinmetall“, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
in Freiburg: An Stelle des
ausgeschiedenen B. W. Fer-
dinand ist Kaufmann Otto
Auer in Freiburg als Vor-
stand bestellt. Am 17. Sep-
tember 1929.

B Bd. III D.-3. 83, bei
Firma Elias Meier Söhne
& Co., Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, in
Freiburg: Die Procura
des Hermann Pantlofer ist
erloschen. Am 18. Septem-
ber 1929.

Seidelberg. B. 645
Handelsregister Abt. A
Bd. VI D.-3. 120: Die
Liquidation der Firma
Folz & Böler in Seidel-
berg ist beendet; die Firma
ist erloschen.

Abt. B Bd. III D.-3. 80:
Die Firma „Schäble & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Seidelberg,
ist erloschen.
Seidelberg, 30. 9. 1929.
Amtsgericht.

Karlsruhe. B. 628
Handelsregister einträge:
1. „Regus“, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe (Kaiserstr. 150).
Gegenstand des Unterneh-
mens: Handel mit Le-
bens- und Genussmitteln
aller Art, insbesondere mit
solchen unter der Bezeich-
nung „Regus“ als ein-
gezeichnete Schutzmarke.
Weichheit ist mit dem
Handel eine Kaffeeerzerei
verbunden. Stammkapital:
20 000 RM. Geschäfts-
führer: Hans Kiffel, Kauf-
mann, Karlsruhe. Einzel-
prokurist: Kaufmann Hans
Kiffel, Ehefrau Toni, geb.
Grundler, Karlsruhe. Kol-
lektiprokuristen mit der
Berechtigung zur gemein-
samen Vertretung: Mar-
garete Kiffel und Georg
Mothermel, Karlsruhe. Der
Gesellschaftsvertrag ist am
20. September 1929 fest-
gestellt. Mehrere Geschäfts-
führer vertreten die Ge-
sellschaft einzeln. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger. 8. 9.
1929.

2. Ziegelwerke Emil
Mall, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he-Darlanen. Die Ver-
tretungsbefugnis der Ge-
sellschaftsführer Emil Mall
und Hans Basse ist be-
endet. Durch Gesellschaf-
terbeschluss vom 20. Septem-
ber 1929 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Der bis-
herige Geschäftsführer Ro-
bert Mall ist alleiniger
Liquidator.

3. Badische Beleuchtungs-
werke, Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen.

4. Lebervertriebsgesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom
15. September 1929 ist die
Gesellschaft aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Hermann Huber ist Liqui-
dator. Die Firma ist er-
loschen. 3. 10. 1929.

5. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

6. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

7. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

8. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

9. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

10. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

11. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

12. Die Uhr, Gesellschaft
f. drahtlose Zeitübermitt-
lung mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 4.
Oktober 1929 wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 7
geändert. Hiernach gilt
insbesondere: Sind meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt, so vertritt jeder von
ihnen die Gesellschaft ein-
zelnen. Friedrich Diether,
Karl Hartmann, Hermann
Winter sind als Geschäfts-
führer ausgeschieden. Dr.
Adam Eckert, Kaufmann,
Stuttgart, ist als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Ge-
sellschaftsführer: Karl
Hartmann, Kaufmann,
Hermann Winter, Kauf-
mann, beide in Karlsruhe.
Sie vertreten gemein-
schaftlich die Gesellschaft.
5. 10. 1929.

lich haftender Gesellschaf-
ter eingetreten. Die da-
durch entstandene offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Oktober 1928 begonnen.
Die Firma der Gesell-
schaft ist in „Bittiners
Nachf. Wolf Schärf & Co.“
geändert. Zur Vertretung
der Gesellschaft ist nur
der Gesellschafter Kauf-
mann Wolf Schärf in
Lörrach berechtigt.

Vom 10. September
1929: „Fug & Co., Zürich,
Zweigniederlassung in Lö-
rrach: Der Kaufmann Max
Voller in Zürich ist in das
Geschäft als weiterer Ge-
sellschafter eingetreten.

Vom 12. September
1929: „Jahn & Co., Hoch-
Tiefbau“, Erzingen: Die
Firma wird von Amts
wegen gelöscht.

Vom 17. September
1929: „Zigarettenfabrik
„Wabehn“, Inhaber Lei-
fer, Oriensbaum, Zweigni-
ederlassung Lörrach“, Lö-
rrach: Inhaber ist Fabrik-
ant Leifer Oriensbaum in
Alesheim.

Vom 21. September
1929: „Seifert & Söhne-
ger“, Lörrach. Offene Han-
delsgesellschaft. Persönlich
haftende Gesellschafter sind
Kaufmann Josef Seifert
u. Graveur Emil Söhne-
ger, beide in Lörrach. Die
Gesellschaft hat am 1. August
1929 begonnen.

Vom 27. September
1929: „Speibitions- u. La-
gerhaus-Aktiengesellschaft
„Spekoo“, Weil-Neopold-
höhe: Durch Beschluss der
Generalversammlung vom
3. September 1929 ist der
Gesellschaftsvertrag geän-
dert.

Vom 27. September
1929: „Spinnerei u. We-
berei Steinen, Aktienge-
sellschaft“, Steinen: Die
Vertretungsbefugnis des
Fabrikdirektors Alb. Köch-
lin in Steinen ist beendet.
Dr.-Ing. Fritz Balz in
Steinen ist zum Vorstands-
mitglied bestellt.
Amtsgericht Lörrach.

Mannheim. B. 688
Handelsregister einträge
vom 30. September 1929:
Süddeutsche Autogesell-
schaft (Süda) in Liquida-
tion, Mannheim: Kauf-
mann Wilhelm Mayer,
Mannheim-Neckarau, ist
zum weiteren Liquidator
bestellt. Otto Sutter ist
nicht mehr Liquidator.
Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. B. 689
Handelsregister einträge
vom 2. Oktober 1929:
Barbara Kohns, Mann-
heim: Das Geschäft samt
Firma, jedoch ohne die im
bisherigen Geschäftsver-
trage begründeten Forderungen
und Verbindlichkeiten, ist
von Salome, genannt Bar-
bara, Schwarz geb. Kohns,
auf August Kohns Witwe
Barbara geb. Karg, in
Mannheim, übergegangen.
Ernst Colloff, Mannheim.
Inhaber ist Ernst Julius
Colloff, Kaufmann, Birken-
feld, Nahe.
Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. B. 640
Handelsregister einträge
vom 2. Oktober 1929:
Heinrich Scharpinet, Akti-
engesellschaft, Mann-
heim: Hermann Embacher
ist nicht mehr Vorstands-
mitglied. Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Die bisherige
Vorstandsmitglieder
Wilhelm Henning und Al-
bert Wolff, beide in
Mannheim, sind zu Liqui-
datoren bestellt mit der
Befugnis, daß jeder von
ihnen zur Einzelverte-
tung berechtigt ist. Albert
Wolff ist nicht mehr Li-
quidator.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Süddeutsche Kreditan-
stalt, Aktiengesellschaft,
Mannheim: Gerhard Nest-
gen ist nicht mehr Vor-
stand. Heimr. Kunz, Kauf-
mann, Mannheim, ist zum
Vorstand bestellt.

Autolad-Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Mann-
heim: Der Gesellschafts-
vertrag ist am 12. Sep-
tember 1929 festgestellt.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist: Der Betrieb
einer Autoladerei, insbe-
sondere für Autoladere-
n, sowie einer Repara-
turwerkstatt für Automobile,
Handel und Fabrikation
von Raden, Farben und
chemischen Artikeln. Die
Gesellschaft ist befugt, sich
an gleichen oder ähnlichen
Unternehmungen zu betei-
ligen, auch solche Unter-
nehmungen zu erwerben.
Interessengemeinschaften
eingugehen und Zweigni-
ederlassungen zu errichten.
Das Stammkapital be-
trägt 20 000 RM. Dr. Ro-
bert Marg, Chemiker in
Mannheim, ist Geschäfts-
führer. Sind mehrere Ge-
sellschaftsführer bestellt,
so wird die Gesellschaft durch
zwei Geschäftsführer ge-
meinsam oder durch einen
Geschäftsführer in Ge-
meinschaft mit einem Pro-
kuristen vertreten. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist für
die Zeit bis 31. März 1932
geschlossen. Die Dauer der
Gesellschaft verlängert sich
jeweils um drei Jahre,
wenn nicht ein halbes Jahr
vor Ablauf des Vertrags
von einem Gesellschaf-
ter schriftlich abberufen.
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst. Dipl.-Ing. Walter
Julius Higer in Heidel-
berg ist zum Liquidator
bestellt.

Einfachstille Deutscher
Kunstabfertiger, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Richard
Krummholz ist als Ge-
sellschaftsführer abberufen.
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst. Dipl.-Ing. Walter
Julius Higer in Heidel-
berg ist zum Liquidator
bestellt.

„Wager“, Gesellschaft m.
beschr. Haftung, Mann-
heim: Josef Gailhofer ist
nicht mehr Geschäftsführer.
Die Procura des Felix
Koch ist erloschen. Die
Kaufleute Herbert Vor-
mann u. Paul Kaufmann,
beide in Mannheim, sind
zu Geschäftsführern be-
stellt. Dem Kaufmann
Wag Wolf, Mannheim, ist
Procura so erteilt, daß er
in Gemeinschaft mit einem
Geschäftsführer od. einem
Prokuristen zeichnungsbe-
rechtigt ist.

„Alma“, Kommanditge-
sellschaft, Adernann & Co.,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.

Schulze & Körnis, Eier-
teigwaren, Mannheim:
Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind Ingenieur
Hans Körnis, Ehefrau
Elise geborene Schulze in
Mannheim und Kaufmann
Otto Schulze, Ehefrau
Margareta, geb. Feuer-
stein, in Wiesheim. Die
offene Handelsgesellschaft
hat am 25. Februar 1929
begonnen.
Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

festgestellt, am 23. August
1917, 16. April 1919, 15.
März 1922, 1. Dezember
1923, 19. Dezember 1924,
9. April 1927 und 8. April
1928 geändert. Gegenstand
des Unternehmens ist: Die
Verarbeitung u. der Han-
del von Holz, mit Holz-
werkstoffen, Holz-
Klebstoffen, Holz-
Klebungsmitteln aller Art,
die Herstellung von Holz-
werkstoffen u. der Betrieb
von Holzwerkstoffen, insbe-
sondere für Autoladere-
n, sowie einer Repara-
turwerkstatt für Automobile,
Handel und Fabrikation
von Raden, Farben und
chemischen Artikeln. Die
Gesellschaft ist befugt, sich
an gleichen oder ähnlichen
Unternehmungen zu betei-
ligen, auch solche Unter-
nehmungen zu erwerben.
Interessengemeinschaften
eingugehen und Zweigni-
ederlassungen zu errichten.
Das Stammkapital be-
trägt 20 000 RM. Dr. Ro-
bert Marg, Chemiker in
Mannheim, ist Geschäfts-
führer. Sind mehrere Ge-
sellschaftsführer bestellt,
so wird die Gesellschaft durch
zwei Geschäftsführer ge-
meinsam oder durch einen
Geschäftsführer in Ge-
meinschaft mit einem Pro-
kuristen vertreten. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist für
die Zeit bis 31. März 1932
geschlossen. Die Dauer der
Gesellschaft verlängert sich
jeweils um drei Jahre,
wenn nicht ein halbes Jahr
vor Ablauf des Vertrags
von einem Gesellschaf-
ter schriftlich abberufen.
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst. Dipl.-Ing. Walter
Julius Higer in Heidel-
berg ist zum Liquidator
bestellt.

„Wager“, Gesellschaft m.
beschr. Haftung, Mann-
heim: Josef Gailhofer ist
nicht mehr Geschäftsführer.
Die Procura des Felix
Koch ist erloschen. Die
Kaufleute Herbert Vor-
mann u. Paul Kaufmann,
beide in Mannheim, sind
zu Geschäftsführern be-
stellt. Dem Kaufmann
Wag Wolf, Mannheim, ist
Procura so erteilt, daß er
in Gemeinschaft mit einem
Geschäftsführer od. einem
Prokuristen zeichnungsbe-
rechtigt ist.

„Alma“, Kommanditge-
sellschaft, Adernann & Co.,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.

Schulze & Körnis, Eier-
teigwaren, Mannheim:
Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind Ingenieur
Hans Körnis, Ehefrau
Elise geborene Schulze in
Mannheim und Kaufmann
Otto Schulze, Ehefrau
Margareta, geb. Feuer-
stein, in Wiesheim. Die
offene Handelsgesellschaft
hat am 25. Februar 1929
begonnen.
Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

Mannheim. B. 612
Handelsregister einträge
vom 25. September 1929:
Balma-Negler, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer
Valentin Matzen in Feu-
denheim ist zum Liquida-
tor bestellt. Die Firma ist
erloschen.

über 50 RM, 20 000 Ak-
tien über 300 RM, 100 000
Aktien über 20 RM, 20 000
Aktien über 50 RM, die
alle auf den Inhaber lau-
ten. Der Aufsichtsrat be-
steht aus 5 Mitgliedern, die
die Zahl der Vorstands-
mitglieder fest. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft und die Berufung
der Generalversammlung
erfolgen im Deutschen
Reichsanzeiger. Geschäfts-
lokal: Bonadiesstr. 3.
Amtsgericht Mannheim.